



Nach Leuthards 1-Franken-Coup Volkspartei verzichtet wohl auf Engagement für Anti-SRG-Initiative

No SVP bei No Billag?

Joël Widmer

Medienministerin Doris Leuthard (54) beweist wieder mal ihr Gespür für einfache Botschaften. **Sie brachte den Bundesrat dazu, ab 2019 für die SRG-Gebühren von allen Schweizer Haushalten nur noch 365 Franken im Jahr zu verlangen – just einen Franken pro Tag also.** Das ist eine deutliche Senkung, denn heute zahlen Haushalte 451 Franken. Möglich wird diese durch das neue Radio- und TV-Gesetz, das unter anderem auch von Firmen eine SRG-Abgabe verlangt. Die SRG muss denn auch nicht darben. Ihre Einnahmen werden zwar auf 1,2 Milliarden Franken plafoniert. Doch das ist fast so viel wie heute.

Mit dem 1-Franken-Coup nimmt der Bundesrat auch der «No Billag»-Initiative, welche die SRG abschaffen will, den Wind aus den Segeln. Diese dürfen im Hinblick auf die Abstimmung vom 4. März noch auf eine mögliche Unterstützung der SVP hoffen. Doch danach schaut es derzeit nicht mehr aus. Und alle anderen Parteien sind schon heute im Pro-SRG-Lager.

SVP-Nationalrat und Wort-

führer der SRG-Kritiker, Gregor Rutz (45), sagt zwar, der heutige Bundesratsentscheid dokumentiere, dass man nichts ändern wolle. «Man hätte endlich den Service public

definieren müssen, bevor man die Höhe der Gebühr festlegt», so Rutz. «Mir ist eine private Lösung grundsätzlich lieber, auch wenn es einen gewissen Service public bräuchte.»

Dennoch ist eine Unterstützung vonseiten der SVP, welche im Parlament schon gespalten war, unwahrscheinlich. Man habe nun leider eine verfahrenere Situation, sagt Rutz: «Die anderen Parteien haben

sich nicht bewegt, und sowohl die SRG wie auch die Initianten sind total kompromisslos.» Bei seiner Kantonalpartei plädiere er für eine Ja-Parole. **In Zürich wäre laut Rutz viel mehr Markt möglich, hier brauche man nicht**

so viele SRG-Angebote. «Aber in der nationalen SVP geht es eher Richtung Stimmfreigabe, denn kleine Sprach-, aber auch Bergregionen brauchen einen Service public», bilanziert Rutz.

SVP-Nationalrätin Natalie Rickli (40) ist überzeugt: «Je mehr der Bundesrat und die SRG Lobbying

in eigener Sache mit Gebührengeldern betreiben, desto höhere Chancen hat die «No Billag»-Initiative.» Selbst will sich Rickli aber noch nicht auf eine Parole festlegen. Ähnlich tönt es bei Parteipräsident Albert Röstli (50): «Die SVP wollte eine Halbierung der Gebühren.»

Es zeige sich nun, dass man den Druck auf die SRG aufrechterhalten müsse. «Wie sich die Delegierten im Januar entscheiden werden, ist offen, eine Nein-Parole schliesse ich aber eher aus.»

Für den Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter



Blick
8008 Zürich
044/ 259 62 62
www.blick.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 143'499
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 111'114 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 67091300
Ausschnitt Seite: 2/4

(53), der schon im Parlament **Billag>-Initiative engagiert**, tige Richtung sei.
 gegen «No Billag» gestimmt hatte, denn mit diesen 365
 te, ist die Sache nach dem Franken biete
 1-Franken-Entscheid klar: **«Mit Leuthard ja Hand zur
 dem heutigen Bundesratsent- Gebührensenkung.»**
scheid macht es wenig Sinn, Auch wenn es nur ein
dass sich die SVP für die «No kleiner Schritt in die rich-



Fotos: Keystone





Natalie Rickli will sich
noch auf keine
Parole festlegen.

Moniert die Kompro-
misslosigkeit der bei-
den Lager: Gregor Rutz.

Leuthards Franken ist Gold wert

Mit der Senkung der Bil-
lag-Gebühr auf 365 Fran-
ken pro Jahr beweist
Doris Leuthard ein goldenes
Händchen. Ein Franken pro Tag
– das lässt sich als nachvoll-
ziehbar und einprägsame For-
mel gut verkaufen. Trotzdem
ist es kein billiger Trick.

Für uns Gebührenzahler gibts
eine Entlastung von 86 Fran-
ken. Man mag sich weiterhin
über gewisse Sendungen aufre-
gen – im Portemonnaie tuts
wenigstens nicht mehr so weh.

Mit dem 1-Franken-Coup nimmt
Leuthard der «No Billag»-Ini-
tiative Wind aus den Segeln. Das
ist dringend nötig. Das ultra-
knappe Ja zum Radio- und
Fernsehgesetz hat 2015 ge-
zeigt, wie unberechenbar Ab-
stimmungen sind, bei denen
man der SRG eins auswischen
kann. Wie das Verdikt im März
2018 ausfällt, ist völlig offen.



Ein Ja wäre verheerend, es wür-
de die Existenz der SRG gefähr-
den. Der Service public, den sie
trotz Seichtem und Ärgerli-
chem sehr gut leistet, ist ohne
Gebühren nicht finanzierbar.

Die SRG selber wird mit den tie-
feren Einnahmen zum Sparen
gezwungen. Auch das ist ein
guter Effekt der neuen Gebühr.
Der staatlich geschützte Rie-
senbetrieb ist aufgebläht, man-
che Vertreter verhalten sich
entsprechend aufgeblasen. Die
verordnete Konzentration aufs
Wesentliche und Besondere
des öffentlichen Auftrags –
auch das ist zum Nutzen aller.

1 Franken pro Tag. Klingt nach
wenig, bringt viel.



SRG muss 50 Millionen sparen

Am Mittwoch hat der Bundesrat beschlossen, die Radio- und Fernsehgebühren von heute 451.10 Franken auf 365 Franken zu senken und den Anteil der Gebührengelder, die die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) erhält, zu beschränken. Wenig später gab die SRG in einer Medienmitteilung bekannt, **jetzt ein Massnahmenpaket «zur Reduktion ihrer Ausgaben innerhalb des neu definierten Rahmens» zu erstellen.**

Und das wird auch nötig sein, denn mit der Deckelung des Anteils an den Gebührengeldern auf rund 1.2 Milliarden Franken **büsse die SRG laut eigener Aussage ab 2019 rund 50 Millionen Franken pro Jahr ein**, was einen «erheblichen» Einfluss auf ihr Budget haben werde, deswegen auch das Sparpaket. Die SRG beruhigt aber: «Priorität wird dabei die bestmögliche Wahrung des heutigen Programmangebots haben.» Für konkrete Nachfragen bezüglich Sparpaket sei es viel zu früh, heisst es bei der SRG. Man werde aber wie bei früheren Sparmassnahmen zum geeigneten Zeitpunkt informieren.

Entlastet werden durch den Entscheid des Bundesrats die Privathaushalte. Jedenfalls die die bisher schon fleissig ihre Gebühren bezahlt haben. Weniger freuen dürften sich diejenigen, die bisher um eine Kontrol-

le durch die Billag AG herumgekommen sind und somit nie Gebühren bezahlen mussten. Das geht in Zukunft nicht mehr, da mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz ab 2019 die Erhebung der Gebühr via Einwohnerregister und nicht mehr mit einer Meldepflicht erhoben wird.

Dafür müssen ab 2019 Menschen, die in Kollektivhaushalten wie Studentenwohn-, Altersheimen oder Gefängnissen wohnen, nicht mehr einzeln Gebühren bezahlen, sondern nur noch der gesamte Haushalt. Zur Kasse gebeten werden ab 2019 auch die Unternehmen. Jedoch nur die 25 Prozent, die 500 000 Franken Umsatz pro Jahr oder

mehr erwirtschaften. Firmen mit einem Umsatz von unter einer Million bezahlen dann 365 Franken pro Jahr, unter fünf Millionen 910 Franken und so weiter.

Der Höchstbetrag für Unternehmen, die eine Milliarde Franken Umsatz oder mehr erwirtschaften, beträgt 35 590 Franken.

Vom Entscheid profitieren ebenfalls die privaten Radio- und TV-Anbieter. Die erhalten ab 2019 nämlich 81 Millionen Franken pro Jahr statt 67,5 Millionen.

Die Gebührenbeträge werden übrigens ab 2020 alle zwei Jahre – in Zusammenarbeit mit dem Preisüberwacher – überprüft und womöglich weiter gesenkt.

Florian Wicki



SRG-Präsident
Jean-Michel Cina hat
einen Sparauftrag